

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes

A. Zielsetzung

1. Mit dem Gesetzentwurf sollen in erster Linie die Leistungen für
 - die verheirateten Grundwehrdienstleistenden,
 - die grundwehrdienstleistenden Sanitätsoffiziere,
 - die Wehrübenden (Höchst- und Mindestsätze)der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden.
2. Zur besseren Durchführung des Gesetzes sind mehrere Vorschriften, die sich als nicht mehr befriedigend oder in der Formulierung nicht als hinreichend klar erwiesen haben, zu ändern.
3. Zur besseren Übersicht und im Interesse der Vereinheitlichung sollen die Bestimmungen über die Altersversorgung der Wehrpflichtigen aus dem Unterhaltssicherungsgesetz in das Arbeitsplatzschutzgesetz übertragen und dort neu geregelt werden.

B. Lösung

Zu 1.

Anhebung der Leistungssätze

Zu 2. und 3.

Gesetzesänderungen entsprechend den Zielsetzungen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Einzelplan 14: 15,5 Millionen DM

Einzelplan 11: 1,5 Millionen DM

Einzelplan 06: 0,01 Millionen DM.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (23) — 372 35 Un 4/78

Bonn, den 7. Dezember 1978

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes mit Begründung (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Verteidigung.

Der Bundesrat hat in seiner 465. Sitzung am 10. November 1978 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigelegten Gegenäußerung dargelegt.

Schmidt

Härten ergeben, kann ein Ausgleich gewährt werden. Hierzu bedarf es des Einvernehmens der obersten Landesbehörde und des Bundesministers der Verteidigung.“

Begründung

Die Neufassung dient der Verwaltungsvereinfachung. Sie bewirkt, daß die Bescheide über einen Härteausgleich nicht mehr grundsätzlich von den obersten Landesbehörden erlassen werden müssen. Die Befugnisse können vielmehr auf die

nach § 17 Abs. 2 zuständigen Behörden übertragen werden.

6. Zu Artikel 5

In Artikel 5 Abs. 2 sind die Worte „Absatz 1 Satz 1“ durch die Worte „Absatz 1 Satz 2“ zu ersetzen.

Begründung

Redaktionelle Richtigstellung.

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung nimmt zu den Änderungsvorschlägen des Bundesrates — beschlossen in der Sitzung am 10. November 1978 (BR-Drucksache 447/78 — Beschluß) — wie folgt Stellung:

1. Zu den Eingangsworten

Die Bundesregierung geht mit dem Bundesrat im Ergebnis davon aus, daß das Gesetz zustimmungsbedürftig sein wird.

2. Zu Artikel 1 Nr. 4 (§ 7 a)

Der Vorschlag wird abgelehnt, da das mit ihm verfolgte Anliegen noch nicht entscheidungsreif ist.

Die Bundesregierung prüft seit längerem — u. a. auch unter Beteiligung der Fachminister der Länder —, wie die derzeitige Regelung der Mietbeihilfe verbessert werden kann. Der Vorschlag des Bundesrates stellt einen von mehreren Lösungsansätzen dar, die in diesem Zusammenhang z. Z. untersucht werden. Bei der anzustrebenden

Neuregelung sind auch die finanziellen Auswirkungen zu beachten. Zugleich wird auf eine bessere Abgrenzung zum Anwendungsbereich des Wohngeldgesetzes abzustellen sein. Diese Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen.

3. Zu Artikel 1 Nr. 4 (§ 7 b)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

4. Zu Artikel 1 Nr. 5 (§ 8)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

5. Zu Artikel 1 nach Nummer 11: Nummer 12 (§ 23)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

6. Zu Artikel 5

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

